

VOLKSBLATT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das Volksblatt erscheint mit Beilagen. Es ist Substitutionsorgan der hiesigen sozialistischen und demokratischen Organisations- und amtlichen Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: G. Wäckerle, 6. Bernauerstraße, Halle, 2465, 2467, 2468. Persönliche Anstaltsleistungen mittags von 13 bis 14 Uhr. Unentgeltlich einsehbar den Abonnenten 6. Bernauerstraße, Halle.

Gegenpreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Abholer wöchentlich 0,45 RM. Postbezugpreis 2,10 RM. durch Postboten ausgehelt 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. - Einzelannahme 13 Pf. im Umkleen und 30 Pf. im Restlokal der Wäckerle. Druckereibesitzer: G. Wäckerle, 6. Bernauerstraße, Halle, 2465, 2467, 2468. Verlagsnummer 2319. Grütz.

Scharfer Protest des DGB.

Gegen Görings Schießerlaß / Ein Schreiben an den Reichspräsidenten

Zucht und Ordnung?

Die neuen Sitten im erwachsenen Deutschland

Im „Admiralspallaß“ der Reichshauptstadt, wie die Berliner ihr Polizeipräsidium umgetauft haben, vollzog sich am vergangenen Freitag die Nachübergabe an die Nationalsozialisten. Kapens Vertrauensmann, Herr Weisler, mußte gehen und der Ermählte des preussischen Innenkommissars Göring, Admiral v. Bessehorn, trat an. Mit einer Rede an die Offiziere und Be-

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Grahmann, hat im Auftrage des Bundesvorstandes am 21. Februar folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes leant Ihre erakte Aufmerksamkeit auf den Runderlaß an alle Polizeibehörden Deutschlands, den der von Ihrem Vertreter in sein Amt berufene Kommissar des Reichs für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring erlassen hat.

Dieser Erlass schneidet seiner ganzen Tendenz nach zweierlei Recht in Deutschland. Erstens ein Vorkaufsrecht für die Verbände, die nach der Meinung des Reichsministers Göring nationale Verbände sind, nämlich SA, SS, und Stahlhelm. Dem gleichen Vorkaufsrecht gilt für die nationalen Parteien; unter letzteren sind offenbar ausschließlich jene Parteien zu verstehen, auf die sich die jetzige Regierung stützt. Zweitens ein Ausnahme-recht gegen jene Organisationen, die Herr Reichsminister Göring als staatsfeindliche Organisationen zu bezeichnen für gut findet, ohne daß er sich im übrigen der Mühe unterzöge, näher darzulegen, was er darunter versteht. Der Hinweis, daß der Erlass sich offenbar insbesondere „gegen kommunistische Terror-akte und Ueberfälle“ richten soll, kann um so weniger als eine Erläuterung gelten, als

nur jene Bevölkerungsklassen, die der SA, der SS, und dem Stahlhelm nahesteht, als „nationale Bevölkerung“ anerkannt und des befürderten Schutzes der Polizei würdig befunden werden. Der Erlass bedroht eine Rechtsunsicherheit von unabsehbaren Folgen heraus.

Wir erheben gegen diesen Erlass, der weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben unserer Verfassung, noch mit den Lebensformen eines Kulturvolkes zu vereinbaren ist, den schärfsten Protest. Wir legen Verwahrung ein gegen eine amfliche Anweisung, deren Sinn nicht anders gedeutet werden kann, als daß sie weite Schichten des Volkes zum Freiwiß politischer Willkür macht.

Wir wenden uns an Sie als Präsidenten des Deutschen Reichs, der berufen und gewillt ist, die Verfassung zu schützen. An Sie wenden wir uns als die deutsche Organisation, die in Ihren Reihen die größte Anzahl Frontkämpfer vereinigt. Diese Millionen, unter denen sich Anhänger der verschiedensten politischen Parteien befinden, haben nicht im Weltkrieg für Deutschland gekämpft und gebüßet, um sich 15 Jahre später von verantwortlichen Reichsstellen sagen zu lassen, daß sie nicht

zu den „Staatsaufbauenden Kräften“, daß sie nicht zur „nationalen Bevölkerung“ gehören.

Niemand in Deutschland ist so hochgefühl, daß er es wagen dürfte, die Kämpfer des Weltkrieges — gleichgültig, welcher politischen Partei sie angehören — und ihre Organisationen als Deutsche minderen Rechtes zu bezeichnen oder zu behandeln.

Wir bedauern, daß ein ehemaliger Frontoffizier, der es besser wissen müßte, den Geist der Frontkameradschaft gegenüber hunderttausenden namenloser Kämpfer verleugnet, nur weil sie eine andere politische Überzeugung haben als er. Die gerechte Würdigung, die ein Frontoffizier wie Oberleutnant Duesterberg für seine Kameraden aus allen politischen Lagern gefunden hat, beweist, daß echter Frontgeist mit nationaler Unerschütterlichkeit nichts gemein hat.

Wir hoffen und erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, daß Sie als der militärische Führer im Weltkrieg die Entehrung von Millionen Frontkämpfern mit allen Mitteln entgegenzusetzen werden. Die Entehrung der Mehrheit des deutschen Volkes, die Gegner der jetzigen Regierung ist, bedeutet die tatsächliche Aufhebung der politischen Meinungsfreiheit wie der persönlichen Sicherheit in Deutschland, deren Schutz zu Ihren vornehmsten Aufgaben gehört.“

Fememord Schenk

Die gerichtliche Voruntersuchung gegen SA-Leute erschwert

Wegen des Fememordes an dem SA-Mann, Schenk ist — wie aus Dresden gemeldet wird — die gerichtliche Voruntersuchung gegen die SA-Leute سخت und Genossen erschwert worden.

amten, kurz nach, schneidet, ganz wie bei Wilhelm II. „November 1918, größtes Verbrechen deutscher Geschichte, wiedergutmachen, erwarte Ihre Unterstützung, in Berlin wieder Ordnung, Sauberkeit, Zucht und Sitte herzustellen.“

Einige Stunden später, gegen fünf Uhr abends, drangen, wie der Polizeibericht meldete, fünfzehn uniformierte SA-Studenten in die staatliche Reifenschule in Berlin-Schöneberg, hielten vier Professoren aus dem Prüfungsausschuss und trieben sie auf die Straße. Darauf vernagelten sie die Türen der Schulzimmer mit eisernen Krampfen und Nägeln, die sich widerstehenden Bekräftungsbedienen „wurden gewaltsam durchgedrungen“ und als Siegeszeichen auf dem Gebäude der Akademie die Fahnenkreuzfahne gehißt. Nicht ein einziger Täter ist dem Polizeipräsidium zugeführt oder verhaftet worden. Zucht und Ordnung?

Im Ausland hat dieser Akt „spontaner Empörung“ und die Art, wie Polizei und Behörden darauf reagierten, beträchtliches Aufsehen erregt. Nicht so in Berlin und in Deutschland.

Der Ueberfall auf die Kunstakademie war nur ein Zwischenfall im Rahmen des allgemeinen Geschehens und in dem höchsten Bemühen um Ordnung, Zucht und Sitte. Zu ihrer Förderung folgte der Runderlaß des Herrn Innenkommissars Göring an die preussische Polizei mit der Anweisung, die Bestrebungen und Propaganda der nationalen Bewegung und ihrer Organisationen, SA, SS, Stahlhelm, tatkräftig zu unterstützen und rücksichtslos gegen die Gegner von der Schulbank Gebrauch zu machen, eher zu viel als zu wenig. Dieser Erlass erinnert an ein Intermezzo in Berlin-Friedensau, das einige Tage vorher letzten SA-Leute in der Beherrschung einer Witwe ausführten. Gegen Mitternacht drangen sie auf Kommando durch Türen und Fenster in das Arbeiterlokal. Die Witwe, ein 72jähriger Mann und fünf andere, beim Kartenpiel sitzende Gäste wurden mit vorgehaltenen Revolvern gezwungen, aufzustehen und die Hände hochzuhalten.

Der protestierende alte Mann erhielt Schläge, die Einrichtung wurde kurz und klein gehauen und zum Schluß erhielt die Witwe, deren Sohn in Frankreich gefallen ist, einen tödlichen Schuß in den Leib. Auch diese letzten SA-Männer dienten mit Zucht und Sitte

nationale Bewegung, zur Erneuerung Deutschlands und für Zucht und Sitte!

Diese hehren Tugenden werden neuerdings in den überwiegen katholischen Gegenden verdrängt. So am Montag in Reiferslautern, nach einer Rede des jüngeren Reichsanwalts Brünings, hier überließ die SA einen Umgang der „Bauernmacht“. Ein Lohr und einige Schwere und Leichtere waren das Ergebnis. Am Dienstagabend war in Krefeld eine geschlossene Mitgliederversammlung und Kundgebung der Zentrumspartei das Objekt „nationaler“ Sitte und Erziehung.

Die Kundgebung wurde von widerrechtlich und gewaltsam eingebrungenen SA-Leuten gestört. In den Mithandlungen gehörte der Führer der christlichen Gewerkschaften und frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald.

Rechnliche Vorkommnisse werden vom gleichen Abend aus Zentrumsvorstellungen in Rünker und Trier gemeldet. Ingesamt sind in der vorliegenden Nacht in den verschiedensten Gegenden Deutschlands sechs Menschen durch Ueberfälle oder politische Zusammenstöße getötet, dreißig leicht und zwölf lebensgefährlich verletzt worden. Zwei Tote gab es in Berlin-Spandau. Am Mittwoch wurde bereits am Vormittag in der Reichshauptstadt ein sozialdemokratischer Flugblattverleiher auf offener Straße durch einen Faustschuß niedergestreckt. Ordnung, Zucht und Sitte?

Es scheint auch zu dieser Ordnung und Sitte zu gehören, Männer wie Frau und Weibering wahrheitswidrig und wider besseres Wissen an allen Plakatalen als Diebe zu bezeichnen.

Der „Nöthliche Beobachter“ versteht die von Herrn von Bessehorn verlangte Sauberkeit des öffentlichen Lebens derart, daß er die Zentrumspartei eine „Brelschatterie gegen Deutschland“ nennt, und in diesem Artikel der Partei Brünings und Stegerwalds sagt:

„Wir bestreiten ihr jedes moralische Recht, irgendeine Kritik zu üben; ihre Führer gehören von Rechts wegen vor den Staatsgerichtshof... Das unvorgesetzte Gehalt der Vererberer Deutschlands bildet uns heute aus jeder Zentrumseinstellung entgegen, der infernalische Hof gegen das nationalistische Erwachen lönt aus jeder Zentrumserede.“ Mit derselben Zentrumspartei wollten Hitler und Göring noch vor wenigen Wochen eine gemeinsame Regierung bilden. Das sind die neuen Sitten in Wort und

Tat! Was hilft es, wenn Hitler in einem Aufreiß auf die SA, die Stürmer und Stürmer der Zentrumsvorstellungen als „Republikaner“ abschießt und die Regelanhänger auffordert gegenseitige Versammlungen zu meiden? Das Strafenstafel rüht sich vom Blut der Opfer des Bürgerkriegs. Immer länger wird die Reihe der Toten. Sie sind stumm und geugen dennoch laut und vernehmlich von der Zucht und Ordnung im „erwachsenen“ Deutschland.

Oppositionspresse wird weiter verboten

Der Zeiter „Volksbote“

Von der Pressestelle des Oberpräsidiums wird mitgeteilt: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Tageszeitung „Volksbote“, sozialdemokratisches Organ für die Kreise Jeth, Weitzenfeld, Rammberg, auf einen Bescheid gesetzt. Das Verbot ist erfolgt, weil durch Ausführungen in dieser Zeitung die Polizei als Einrichtung des Staates und der Herr Reichsminister als leitender Beamter des Staates beschimpft und lässiglich verächtlich gemacht und öffentlichkeitswidrig die Reichsregierung abgedankt worden, deren Vertretung geeignet war, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden.

Der beantragte Inneamminister hat die vom Bezirk Braunschweig der Sozialdemokratischen Partei herausgegebene periodisch erscheinende Zeitschrift „Der Wähler“ bis zum 8. März verboten.

Aufgehobenes Verbot

Merkwürdige Behandlung der „Vorwärts“.

Auf Grund des § 12 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 muß das zweite Verbot des „Vorwärts“, das vom 15. bis 22. Februar befristet war, aufgehoben werden. Die Beschlüsse des „Vorwärts“ ist entgegen den Klaren Vorschriften in der Verordnung des Reichspräsidenten nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 5 Tagen dem Reichsministerium des Innern zugeleitet worden. Der Oberpräsident der Provinz Niedersachsen hat die in Bangerbleien erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung „Der Proletarier aus dem Guldengebirge“ wegen Verschimpfung der Reichsregierung für fünf Tage verboten.

Das in Halle erscheinende kommunistische Wochenblatt „Rotes Echo“ ist wegen Verächtlichmachung öffentlichkeitswidrig Nachrichten auf zwei Monate verboten worden.

Dieseseld, 22. Februar.

Die „Volksmacht“ in Bielefeld ist ab Donnerstag, den 23. Februar, auf drei Tage bis einschließlich 25. Februar durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen verboten worden. Während des Abwesens des Reichsministers in Bielefeld ist das das erste Verbot.

Beschiedene Nazis

„Völlige Aufhebung der Krankenheim- und der Arzneigebühr“ vollkommen vergessen

„Völlige Aufhebung der Krankenheim- und der Arzneigebühr“ haben die Nazis verlangt, bevor Hitler Reichstangler wurde. Jetzt sind sie sehr bescheiden geworden und preisen die angeführte Ermäßigung der Krankenheimgeldgebühren auf 25 Pf. als eine große Tat. Dabei verweigern sie, daß für die Mehrzahl der Reichsreichen die Gebühre bisher nicht höher war als 25 Pf. Bei einem Grundlohn bis zu 4 M. täglich (Wochenlohn 24 M.) betrug die Gebühr 25 Pf. Durch den neuen Kabinettsbescheid werden also nur die Arbeiter begünstigt, deren Wochenlohn höher ist als 24 M. Das ist bei den heutigen Löhnen und der Kurzarbeit die Minderheit. Die viel schlimmere Arzneigebühr wird nicht ermäßigt, obwohl sehr häufig die verschriebenen Medikamente nicht bezahlt werden können, weil die Kranken keine 50 Pf. besitzen.

Um die enttäuschten Krankenangehörigen über die völlig unzulänglichen Maßnahmen der Hitler-Regierung zu beschwicheln, wird getrieben, daß eine gründliche Reorganisation des gesamten Krankentassenwesens vorgenommen werden müsse, bevor eine gänzliche Aufhebung der Krankeneingebühren erfolgen könne. Eine solche Reorganisation wird ebenfalls nur auf Kosten der Reichsreichen möglich sein. Die Umgestaltung der Krankentassen und die Verminderung ihrer Betriebskosten ist nur durch die Beilegung der Zerstückelung des Krankentassenwesens möglich. Das haben bisher die Unternehmer verheimlicht. Sie werden es unter Hinzunahme von Hitler weiter tun. Viel Geld und wenig Wille, das gilt auch für die Krankentassenreorganisation der Hitler-Regierung.

Kriegslager in Opladen

Nazitrumpf um eine Hitlerding-Verarmung

Opladen, 22. Februar. In Opladen wurde eine Verarmung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hitlerding auf Anordnung des Polizeigruppenkommandos Welt aufgelöst. Auf dem Heimweg wurde ein Reichsbannerzug zwischen Opladen und Leerforten überfallen und beschossen. Zwei Reichsbannerleute sind durch Verwundungen, zwei andere und eine Frau durch Schläge verarmt worden.

Vor der Verarmung hatten die Nazis der Polizei angehängt, die Verarmung solle gegenstandslos werden. Der Reichstagsabgeordnete Hitlerding wurde durch die Verarmung in Opladen zum Schutz der Verarmung aufgeben. Die Nazis rüsten mit acht Hundertschaften an, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen waren. Die gleiche Anordnung hatte das Reichsbanner gegeben. Opladen ist ein Kriegslager. Bandagier, Heberfallkommandos und kommunale Polizei hielten Ruhe und Ordnung aufrecht und untersuchten jeden Verarmungsteilnehmer nach Waffen. Kurz nach Eröffnung der überfallenen Kundgebung begann der Tumult der anwesenden Nazis.

Zwischen Opladen und Leerforten erfolgte später der Überfall auf das Leerforter Reichsbanner. Auch in Opladen kam es nach der Verarmung zu Schlägereien. Die Nationalsozialisten verlangten u. a. die Auslieferung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. Erst nach Mitternacht trat Ruhe ein.

Pfleger und Dohilfe

Ein Brief an den Reichspräsidenten

Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Dr. Pfleger, der im Haushaltsausschuß des Reichstags an der Unterdrückung des Dohilfe-Standals mitgewirkt hat, beschwerte sich unter dem 14. Februar in einem Brief an den Reichspräsidenten darüber, daß die nationalsozialistischen Mitglieder des Hebermachersausschusses die im Haushaltsausschuß begonnene Prüfung der Dohilfe durch die Sprengung des Hebermachersausschusses unmöglich gemacht haben. Sadlich stellt Pfleger in dem Brief fest:

„Für denjenigen, der, wie ich, ohne vorgefaßte Meinung an die angemessene Prüfung der Durchführung des Dohilfegesetzes in den sächsischen Gebietsstellen Preußens herangetreten ist, muß als nachgewiesen erachtet werden, daß entgegen den nationalsozialistischen Grundgedanken des Dohilfegesetzes nicht nur von Seiten mehrerer großer Güter in überaus geschmackvoller Weise der Versuch — teilweise leider mit Erfolg — gemacht wurde, die Steuergebühren für eigenartige Zwecke zu ergattern, sondern auch, daß mitunter bei der Behandlung von Entschuldigungsanträgen von Großgrundbesitzern in einer Weise von den Behörden verfahren wurde, die mit dem Ziele der Dohilfegesetzgebung unvereinbar ist.“

Vom Büro des Reichspräsidenten ist dem Abgeordneten Pfleger lediglich mitgeteilt worden, daß diese Eingabe nach Kenntnisnahme dem Reichstangler zum weiteren Befinden zugestellt worden sei. Keine Mißbilligung, nichts...

Im Dienste der Freiheit

Arbeitsloser sozialdemokratischer Flugblattverteiler in Berlin auf offener Straße von Nazi erschossen

Am Mittwochmittag wurde in Berlin der 24jährige Arbeitslose Kurt Gottschall von einem Nationalsozialisten ermordet. Gottschall verteilte sozialdemokratische Flugblätter, als er von dem Nationalsozialisten angefallen wurde. Der Nationalsozialist entriß ihm die Flugblätter und versuchte dann zu flüchten. Als ihm Gottschall nachließ, wurde er von dem Nationalsozialisten durch einen Bauchschuß niedergestreckt. Der Nationalsozialist gab dann noch 4 bis 5 Schüsse auf Passanten ab. Polizeibeamte nahmen ihn schließlich fest. Gottschall ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus den schweren Verletzungen erlegen.

Erst spinnefeind — dann Freund

Wir haben die Wähler in den letzten Wahlkämpfen davor gewarnt, daß sie die nationalsozialistischen Kriegserklärungen gegen Vapen, gegen die Bazonen, gegen die „machtsüchtige Clique“ ernst nahmen. Wir haben behauptet: sie alle werden sich schon zusammenfinden. „Herr von Vapen hat seinen Namen mit dem Blute nationaler Kämpfer in die deutsche Geschichte eingeleitet“, erklärte Adolf Hitler in seinem Aufruf vom 24. August 1932. Am 28. August antwortete darauf Herr von Vapen in München: „Die Ingehoheit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, weist scharf auf den Widerspruch an die Staatsführung. Ich gestehe ihm das Recht nicht zu, die Winderbein in Deutschland, die seinen Namen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Fremdling zu behandeln.“ Jetzt sind Hitler und Vapen Reichstangler und der Vizekanzler der gleichen Regierung. Hitler hat alle seine Anklagen gegen Vapen vergessen, und Vapen gesteht jetzt Hitler das Recht zu, die Winderbein in Deutschland... als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Fremdling zu behandeln.“ Und wie haben sich die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen gegenseitig bekämpft? Im Angriff (Nr. 177 vom 6. September 1932) hieß es: „Wir sollten den Dreck weglegen, und sie trauen das, geschmeigelt und gebügelt, als vornehme Kavaliere und etwas breitschulig und leicht angebaut in die gute deutsche Erde, um endlich Zeugnis in die Politik des Landes hineinzubringen. Gibt es etwas Unanständigeres, als diese politische Erblichkeitserb... Sie haben, wie es scheint, die Winderbein, mit uns so ein bißchen 24. Oktober zu treiben.“ Jetzt sind sie beide brüderlich vereint! —

Bayerns Opposition

Gegen jede Gewalttätigkeit

Eigener Bericht
München, 22. Februar. Der heutige SA-Überfall auf den Reichstag der Brünnig-Verarmung in Kaiserlautern hat die scharfe Opposition der Bayerischen Volksparteiführer gegen den Nationalsozialismus noch weitestgehend gesteigert. In einer gemeinsamen Wahlversammlung in München, in der Ministerpräsident Sebald, Staatsrat Schäffer und Reichstagsabgeordneter Ritter von Bergraben, loberte die Empörung in heißen Klängen.

„Das sind „Zeichen“, so erklärte Schäffer, „mit denen das neue Regime die Herrschaft antritt. Aber jetzt muß sich der Name Bayern in Deutschland durchsetzen.“ Auch der Ministerpräsident wandte sich direkt an die Berliner Nachbarn mit den Worten: „Aber alles auf die rohe Gewalt abstellen und glaubt, politische Anschauungen mit dem Gummistempel zu prägen, und wer den Terror will, der stellt sich außerhalb jedes menschlichen Denkens und Fühlens.“ Am leidenschaftlichsten äußerte sich der Bayernmachtführer von Seg mit folgenden Sätzen: „In diesen Tagen greift die politische Wunde auf nach Bayern, jener Blutwunde des braunen Ueber-

menschen, gegen den wir bisher viel zu zurückhaltend gewesen sind. Die Leute, die von einem Hohenzollernkult in Deutschland träumen, mögen die Finger von Bayern lassen. Wir werden uns weder einen preußischen Prinzen noch einen braunen Parteiober importieren lassen. Wenn wir einen Mann brauchen, der Bayern in allerletzter Stunde retten soll, dann holen wir uns den Stammesoberen aus der eigenen tausendjährigen Geschichte. (Lobender Beifall.) Und wenn man dann denkt, auch ohne die 51 Pros. am Ruder zu bleiben, dann haben die anderen die Verfassung gebrochen und uns in die Notwehr gedrängt. Dann werden wir marschieren und dafür sorgen, daß die bayerische Heimat in Takt bleibt.“

Fried verbietet in Sachsen

Der Reichsinnenminister hat in Sachsen alle kommunistischen Demonstrationen verboten. Die sächsische Regierung ist von diesem Verbot völlig überrascht worden. Die Nachricht gelangte telegraphisch nach Dresden. Diese Idee dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Fried und Bring zumi, die am Sonntag in Dresden als Verarmungsorganisator auftraten, einen kommunistischen Umzug leiten mußten. Zumi war darauf beabsichtigt, daß er seiner Empörung bereits in der Verarmung Ausdruck gab und den sächsischen Behörden drohte: je seine Herren, die an diesem Tage einen Wostauer Umzug gestaltet hätten, würden sich dieser Tat zu erinnern haben.

Hitler-Regierung gegen Württemberg

Staatspräsident Bolz warnt vor einem Eingreifen

Eigener Bericht
Stuttgart, 22. Februar. In Württemberg rechnet man ernsthaft mit einer Aktion der Hitler-Regierung gegen das Reichsbanner Volk. Das ergibt sich u. a. auch aus Reden des württembergischen Staatspräsidenten und des württembergischen Wirtschaftsministers. Staatspräsident Bolz sprach in einer Verarmung in Ebingen von einer Württemberg angebotenen „Machregelung“, weil man sich hier nicht „brau“ verhalten hätte. Der Reichsinnenminister habe es ihm besonders verübelt, daß er gelogt habe, der Aufruf der Reichsregierung hätte keinen Inhalt. Er müsse aber ganz offen sagen, daß er auch heute noch darin keinen Inhalt finden könne. Die Verarmung in Württemberg seien in jeder Beziehung „geordneter“ als anderswo. Würt-

temberg habe seine Pflicht auch gegen das Reich in vollstem Umfang erfüllt. Darum seien die Drohungen gegen Württemberg nur so zu erklären, daß man nicht nur in Preußen, sondern auch in anderen Ländern die absolute Machtvollkommenheit erlangen möchte. Da die Reichsregierung den Wahlkampf selbst gemollt habe, müsse sie schon gestatten, daß man die bestehenden Gefahren ausdehne. Sie würden aber durch die Drohung eines „Eingreifens“ von Berlin aus nicht befestigt werden. Nach deutlicher wurde Wirtschaftsminister Dr. Raier in einer in Bruchsal abgehaltenen Verarmung, die übrigens von den Nationalsozialisten durch Gewalttätigkeiten zu sprengen versucht wurde. Raier sprach von Demagogik und Verdächtigungen wider die Regierung. Die Nationalsozialisten wollten die Polizei auch im Süden Deutschlands in die Hand bekommen und planten den

Zwei Todesopfer in Berlin

Eigener Bericht
Im Süden der Reichshauptstadt wurde am Dienstagabend der Inhaber eines kommunistischen Verteilertafels von bisher unbekanntem Alter durch einen Brustschuß schwer verletzt. In Spandan waren nach einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zwei Tote und drei Verletzte zu verzeichnen. Die Toten sind ein Kommunist und ein Nationalsozialist. Außerdem wurden zwei Kommunisten lebensgefährlich verletzt. Mit ihrem Tode ist nämlich zu rechnen.

Hamburg, 22. Februar.

In Hamburg wurde in einem kommunistischen Verteilertafel von Nationalsozialisten eine Frau durch einen Halschuss getötet; eine Frau wurde durch einen Oberarmbruch schwer verletzt. In Altona erlitt ein Kommunist durch einen Nierenchuss eine sehr schwere Verletzung, der er nach einigen Stunden im Krankenhaus erlag.

Ueberfälle in Königsberg

Eigener Bericht
Königsberg, 22. Februar. Die Königsberger Aufbauminister haben am Dienstagabend nach einer Aube-Verarmung wieder einmal am Otto-Braun-Haus gewirkt. Eine Horde von etwa 200 Mann schlug mit Knüttelschlägern, Eisenfäden und dergleichen sächsischen Werkzeu den Königsberger „Polizeitagung“ und der Konsumverkaufsstelle in Trimmer und verdrängte in das Haus eindringende Wächter und Schupoleute vermochten das Eindringen zu verhindern.

Nationale Laten in Kiel

Kiel, 22. Februar. Nach einer Demonstration der Eisernen Front, an der sich 800 bis 1000 Personen beteiligten, kam es zu schweren Ueberfällen durch Nationalsozialisten. Die Nazis hatten in der Weststraße Klagespreden lassen. Nach ihrer Verarmung gegen die Teilnehmer der SA und SS in stärkeren Trupps durch die Straßen und überließen Gruppen der von der Demonstration der Eisernen Front heimgeführten Arbeiter. Die Nazis trafen mit Wollern und schlugen mit Schuttermieren insbesondere auf die Sportler ein. Denen sie auch die Fahne raubten. Erben Verletzte erlitten Verletzungen, fünf mußten ins Krankenhaus geschickt werden. Reichsbannerleute, die den Ueberfällen zu Hilfe eilen wollten, wurden von der SA mit gezogenem Revolver bedroht und mit Schuttermieren geschlagen.

Kölner „Vatelligkeiten“

Eigener Bericht
Köln, 22. Februar. Das dreitägige Verbot der „Rheinischen Zeitung“ und der „Vollmacht“ in Trier wegen Ueberfalls des Wahlaufrufs des Reichsbanners der Sozialdemokratischen Partei wurde vom Reichspräsidenten aufgehoben. Wegen die Verkäufer und Austräger der „Rheinischen Zeitung“ und großer Gewalttätigkeit vor. Sie entziehen den Verkäufern die Zeitungen oder ihre Trägerrollen. Ein Verzeirer der Wählerzeitung wurde von 30 bis 40 Mann umringt. Die Zeitungen wurden ihm entzogen und auf der Straße verbrannt. In Waden wurde auf drei Flugblattverteiler der Zentrumspartei von politischen Gegnern geschossen.

Parteisachen auf Amtsgebäuden

Braunschweig, 22. Februar. Vom Gebäude der Polizeikaserne in Braunschweig wehte am Mittwoch eine fahnenartige Fahne. Unter der Fahnenkreuzung war noch eine schwarz-weiße Fahne angebracht. Die Ursache ist unbekannt.



„Dem Volke muß die Religion erhalten werden!“

Nun gehi's an die Schulen

Abbau der Weltlichen Schulen / Religion in den Berufsschulen

Die Preußen-Kommissionen haben beschlossen, ab Ostern 1933 einen Abbau der sogenannten Sammel-schulen, der weltlichen Schulen in die Wege zu leiten. Sie haben außerdem grundsätzlich ihr Einverständnis dazu erklärt, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Berufs- und Fortbildungsschulen eingeführt wird. Die näheren Durchführungsbestimmungen sind in Vorbereitung.

Die Reichspresse weist darauf hin, daß der Befehl von den Deutschnationalen erst wieder auf dem jüngsten Parteitag gelandet worden ist. Der Vertreter der „Arbeitspartei“ des Herrn Hiller im Preussischen Kultusministerium hat bei dieser Forderung schnellstens entsprochen.

Nationale Berechtigtheit?

Jam Glück ist der Begriff „Berechtigtheit“ auch dann noch vorhanden, wenn bestimmte Rechte der Gegenwart das Gegenteil davon in die Tat umsetzen möchten. Wertvoll soll uns zeigen dabei sein, daß vielen Kreisen jetzt erst ein Licht darüber aufgeht, was gerechtere Verhältnisse werden müßten, was unter der Mitbeteiligung der „Marxist“ in Deutschland, besonders aber in Preußen seit der Staatsumwälzung an Aufschwüngen geschaffen worden ist. Gerechtigkeit kommt diese Erläuterung nicht zu spät! Und wenn sie es in der Zukunft hätte, dann wären ihre und unsere Sorgen von heute um vieles geringer. Trotzdem ist dem unter den jetzigen Umständen mühenreichen Kampf um „Nationalen Berechtigtheit“ in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ eine Begründung „Dant. Was hier an Erwerbslosen der Republik von 1918 bis 1932 festgestellt wird, beschränkt auf das Gebiet der Schule, das ist folgendes:

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht! (Durch den Einflußnahme-Erlass der kommissarischen Regierung wieder in beachtliche Höhe gerückt), Schaffung einer gemeinsamen Grundschule! (Durch die Betretung des Unterrichtsministeriums durch Nationalsozialisten gefährdet), Die Gestaltung der atabemischen Lehrerbildung! (Der Deutschnationalen ein Dorn im Auge), Die angemessene Besoldungsregelung! (Von den oberen und mittleren, zum Teil rechtseingestellten Beamten hart bejammert), Die Mitbestimmung der Lehrerschaft an der Schulaufsicht! (Im „autokratischen“ Dritten Reich erledigt), Die pädagogische und methodische Verschärfung und Verbesserung und der Schule! („Mit aller Willkür der Pflicht“ wird der neue Kurs dem ein Ende bereiten).

Das alles — so stellt der genannte Artikel fest — sind „Laten und Erfolge, die einem echten und klugen Nationalismus entspringen!“

Wie sehr der jetzige Nationalismus diesen Tatbestand unseren Augen entziehen möchte, das haben wir in den eingeklammerten Bemerkungen kenntlich gemacht. Sie sind der neue Tatbestand. Es bleibt der Lehrerhaft und den Eltern unseres Blattes überlassen, daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen und sie bei der Wahl am 5. März durch Stimmabgabe für Seite 2 konsequent zu Ende zu denken.

Es, und nur so, wird „Nationale Berechtigtheit“ ihren Sinn behalten!

A—Z

Und er kommt doch!

Der neue Abbau an den Schulen nämlich, obwohl der alte noch gar nicht beendet ist und die Junglehrerschaft, die so der Zeitdrängende dabei ist, sich so weit davon verläßt, daß die Nationalsozialisten für Verpöndung mehr machen von der Bereinigung zur Arbeitsstätte, die gerade der Jugend vorbehalten sein sollte. Es ist Offiziant, wie mit so vielen anderen!

Wir glauben auch nicht, daß die hoffliche Schulverwaltung wesentlichen Widerstand leisten kann, den es lieben „finanziell“ zu machen. Dahinter, namentlich die Landesauslösen. Das einzige Mittel ist auch auf diesem Gebiete die Inangabe der Wirtschaft. Sie ist aber unentbehrlich ohne wirkliche Sozialisierung der Produktionsmittel. Wer sie von den Nationalsozialisten erwartet, der hat nicht nur die Lage, sondern auch den Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten.

Junglehrer, wähle Seite 2!

Stehst Du in der Wählerliste?

Bis zum 26. Februar einschließlich liegen überall die Wählerlisten und Stimmkarten zur Einsicht offen. Nur wer in der Wählerliste steht, darf wählen. Überzeugt euch von eurer Eintragung.

Der Bürgerblock endgültig gesprengt

Wahl die Interessentengruppen einander die Mandate abjagen wollten

Die Zeitungen, die die bürgerliche Einheitsfront bei der Stadtverordnetenwahl, die „National-Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“, verurteilten, waren noch froh, da war es mit der Einheitsfront auch schon wieder vorbei. Es ist alles wieder auseinandergefallen. Das einzige, was noch übrig geblieben ist, das ist der Streit, warum man denn so schnell auseinander und ineinander geraten ist.

Die Deutschnationalen fühlten sich an dem „ganzen Schicksal“ ungeschicklich. Sie versuchten in einer ständigen Propaganda, daß sie wegen zwingender Folgenungen nicht in der Lage seien, die für die Stadtverordnetenwahl am 12. März vorbereitete Einheitsfront durchzuführen, sondern den Kampf unter dem Renommee „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ durchzuführen werden. Darin große Verwunderung und großes Entsetzen bei den enttäuschten Bundesbrüdern, beim Zentrum, bei der Deutschen Volkspartei und beim Bürgerverein, der übrigens ganz besonders empört ist. Hatte man den vorbereiteten Aufbruch doch ohne ihn, nur weil man den politischen Parteien, betreiben. Man war also schon im Anfang gefehlt, ließ es sich aber in jeder Selbstvergessenheit nicht merken. Jetzt aber gibt man keine klammern Enttäuschung Ausdruck und zwar so, daß jetzt auch die wahren Gründe des großen Knalls bekannt werden.

Die Herrschaften haben sich nämlich aus gewaltig um die Mandate an dieser „Einheitsfront“ gekümmert.

Jeder hielt sich nämlich für das große Paradebeispiel und wollte den Löwenanteil der zu erwartenden Einnahme für die hinter ihm liegende Interessentengruppe beanspruchen. Am meisten liegen sich Bürgerverein und Deutschnationale in den schmerzhaftesten Parteien. In der Partei und der Unparteilichkeit gegen die Arbeiterklasse sind sie sich gleich, nur wenn es um die Mandate geht, da

gehen die Meinungen der Herrschaften auseinander. Kurz und gut, die ganze schöne Einheitsfront ist gesprengt. Dafür hat der Vorstand des hiesigen Bürgervereins mit „überwältigender Mehrheit“ beschlossen, für die Stadtverordnetenwahl eine eigene Liste anzustellen, die die stolze Firma „Ballhäuser Bürgerverein, Arbeiterpartei“ („Bürgerblock“) tragen soll. Neugierig kann man auf die überparteilichen Kandidaten des Bürgervereins ausforschen.

Die Volkspartei und das Zentrum, die einmütig geblieben sind, haben nun in großem Maße darauf verzichtet, eine Einheitsfront der Zukunft zusammen zu bringen. Beide ziehen jetzt unter eigenen Wägen in den Wahlkampf, nachdem die Volkspartei überhaupt, daß die Deutschnationale Partei die Wiederkehr der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft verhindern hat und der Bürgerverein „ohne jede weitere Verhandlung“ eine Sonderliste beabsichtigt hat. Man denkt dabei an das Bild des steinen Jungen, der auf der Straße, der da sitzt und heißt: „Du, Du, mit mir will keiner spielen!“

Die Hoffnung auf baldige Versöhnung hat man selbstverständlich nicht aufgegeben. Die jetzt auseinandergefallenen Herrschaften wollen im Wahlkampf gegen die Marxisten, sich aber nach der Wahl wieder zu einer gemeinsamen Stadtverordnetenfraktion zusammenschließen. So wollen wenigstens die Volksparteier. Und das scheint nicht ganz aussichtslos zu sein, denn wenn erst die Mandate wieder in Sicherheit sind, sind sich die Bürgerlichen in den Mandaten gegen den kommunalen Fortschritt immer einig gewesen.

Der nächste Kurusaabend „Planwirtschaft“ findet am Freitag, dem 24. Februar, abends 7.30 Uhr, im „August-Bebel-Saal“, Gr. Märkerstr. 7

Im Januar 103 neue Hallenser

Halles Einwohnerzahl ist im ersten Monat des neuen Jahres etwas gestiegen. Sie betrug Ende Januar 202 692 gegen 202 589 am Schlusse des Jahres 1932. Im Januar ist eine auffällige Steigerung der Geburtenhänge in Erscheinung getreten. Ihre Zahl belief sich auf 90, während im gleichen Monat des Vorjahres 61 Paare heirateten. Die hohe Zahl der Geburtenhänge wird nur veranschlagt, wenn man weiß, daß die meisten der jungen Eheleute keine selbständige Wohnung beanspruchen, sondern in Untermiete — vielfach bei den nächsten Verwandten — leben. Diese Lage, die auch die Preissteigerung des Wohngeldes feststellt, zeigt die unheilvolle Wirkung unserer Lage, und viele Tragödien, die sich in unserer Zeit abspielen, sind auf dies Wohnungsseind zurückzuführen.

Im Januar war auch gegenüber dem ersten Monat 1932 ein Rückgang der Geburtenzahl von 214 auf 210 und ein Steigen der Zahl der Todesfälle von 179 auf 210 eingetreten. Eine ähnliche Bewegung ist auch bei den Geburten und Todesfällen von „Christenden“ in Halle festzustellen. In der Umgebung treten also die gleichen Tendenzen auf wie in Halle.

Anforderung durch Grippe

Arbeitsmarktlage bessert sich — um Hundertstel Prozent.

Das Arbeitsamt Halle meldet, daß in seinem Bezirk in den letzten 14 Tagen die Arbeitslosenabzahl gefallen ist. Das sieht so aus: Am 31. Januar wurden 61 804, am 15. Februar noch 61 760 Arbeitslose gezählt. Der Rückgang betrug also 44 oder bestenfalls Hundertstel Prozent. Aber auch das wäre nicht zu verzeichnen gewesen ohne die Grippe und die damit verbundene härtere Nachfrage nach Arbeitskräften.

Im einzelnen wird berichtet, daß beispielsweise im Baugewerbe die durch den Frost unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen wurden. Auch in einigen anderen Berufszweigen trat eine konjunkturelle Belebung ein, hingegen sind in vielen Gewerben wieder Entlassungen vorgenommen worden.

Arbeitsbeschaffungsstelle der Landesbank

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen bekanntlich den Bändern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen öffentlichen Körperschaften als Träger der Arbeit Beschäftigungsmöglichkeiten, deren Kostenfinanzierung durch ein Bankensponsoring erfolgt. Die Mittel der deutsche Landesbank, die für die Zwischenfinanzierung der bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereits 17 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt hat, beteiligt sich an der Aktion, die auf der Grundlage der Steuerungsvereinbarung erfolgt, mit weiteren 500 000 RM.

Reichsbannerfeier verschoben

Infolge der sich immer mehr häufenden Wahlarbeit, die große Anforderungen besonders an die aktiven Reichsbannerkämpfer stellt, hat sich der Reichsbanner-Komitee entschieden, die Reichsbannerfeier am Sonntag, 26. Februar, auf den kommenden Sonntag, 27. Februar, zu verschieben. Die Reichsbanner-Komitee hat sich für die Reichsbannerfeier am Sonntag, 27. Februar, entschieden. Die Reichsbanner-Komitee hat sich für die Reichsbannerfeier am Sonntag, 27. Februar, entschieden.

Reichsbannerführer Autokrat Halle-Weizsäcker. Die Reichsbanner-Komitee hat sich für die Reichsbannerfeier am Sonntag, 27. Februar, entschieden. Die Reichsbanner-Komitee hat sich für die Reichsbannerfeier am Sonntag, 27. Februar, entschieden.

Wer erst einmal an Juno gewöhnt ist,

wird sich nie wieder von ihr trennen, weil der

JUNO-RAUCHER

immer aufs neue von dem wundervollen Aroma ihrer edlen Tabake gefesselt wird.

Wesensfremde Zugaben wie Wertmarken, Gutschein- und Slickereien haben für Juno-Freunde keinen Reiz, denn sie wissen genau, daß Juno diese Zugaben ausschließen muß, um ihre Qualität unantastbar zu lassen

Das ist Juno's Plus!

und keine andere

6 STÜCK 208

Arbeitsgeber wird bestraft

Der Geschäftsführer Eric Söfel... Der Richter ließ sich durch solche Einwürfe aber nicht beirren...

Zusammenlegung von Sparkassen geplant

Der Vorstand des Sparkassen- und Giroverbandes tritt am kommenden Freitag in der Mitteldeutschen Landesbank...

10. Märzfest. Freitag, den 24. Februar

Die Aufführung in Stadtheater. Morgen, Freitag, gelangt im Stadtheater...

Ein Sportabend nach Oberhof

Am Freitagabend am kommenden Sonntag...

Auf freier Tag gefahrt

In einem Gesellschaften am Freitag...

Aus weiß mach schwarz...

Wie die „Mitteldeutsche National-Zeitung“ die Wahrheit verbiegt

Als zum gestrigen Tage hat die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ über die Vorgänge, die sich der gestrigen Kundgebung...

den Parteipräsidien darüber schon Unterlagen gegeben worden seien. Diese Unterlagen...

Keine einzige dieser „Waffen“ ist von der Polizei beschlagnahmt worden...

Es wäre aber besser, das Nazistgläubige nicht mehr damit, was in seinen eigenen Reihen vorgeht...

Wer ist tariffähig?

Im Rahmen der Vorträge über das Tarifrecht im Arbeitsrechtlichen Institut...

Nicht vom Interesse der Koalitionen. Der Staat hat ein Interesse an der Auswahl...

Es wird bei der Entscheidung die Frage der Tariffähigkeit zu einer innerpolitischen Maßnahme...

gegenfälligen Standpunkt gleich anzufragen zu erfahren. Es sprach...

Der Redner, wie bereits hier, daß in diesen Standpunkt nicht erst heute einträte...

Wirtschaftliche Fortschritte des Wanderversandwerks „Ostpreußen“ im Gefängnis...

Bei einem Betriebsunfall in der Waggonfabrik Ströck...

Kalifische Filmreise

Der Rebell - Die Feuer rufen

Im kommenden Male führt sie in den Filmreis...

Neue Besetzung, Gummi mit Roken; Gummiabfälle; Einlegetaschen, Kontraverfen und Rissen...

Kleiner Mann was nun?

Allo äußerlich gehört Binneberg nicht zu den Arbeitslosen, aber innerlich... Er ist eben bei Seemann gewesen...

mehr war, also mußte er sofort, eilig und stets auf das Wohl der Firma bedacht sein...

Doch Binneberg hat kein Glück. Der Student mit den Schminken verlangt kurz und knapp einen blauen Trendcoat...

Die Nachfolger

Am Sonntag des in den einflussreichsten in den Kreisländern...

Die Frauen wollen Sozialismus

Der Internationale Frauentag in Merseburg. Die geistige Veranstaltung der sozialdemokratischen Frauen...

So kämpfen sie für das Dritte Reich

Von einem Mitgliede des Schiefer-Bereichs wird uns mitgeteilt: Am Mittwochabend hatten die Nationalsozialisten ein Plakatfest auf dem Markt...

Wichtige Bekanntmachungen

der Stadt Merseburg Nr. 8 Donnerstag, den 23. Februar 1933 Die Frist zur Einreichung der Entwürfe zum Werkplan...

Schweinejähling am 3. März 1933.

Am 3. März d. J. findet auf Anordnung der Reichsregierung eine Schweinejähling statt. Die Ergebnisse der Jähling sind loblich...

Rattenvergiftung.

Von verschiedenen Seiten sind den mit der Durchführung der Rattenvergiftung beauftragten Kolonnen...

Brodenversammlung, Karfreitag 4.

Freitag, den 24. Februar 1933, von 15 bis 16 1/2 Uhr, Verlauf. Mittwoch, den 1. März 1933, von 10 bis 11 1/2 Uhr, Aufnahme.

Kommunisten unbelehrbar

Einheitsfront von der SPD. mit Wahrgenüßigen abgelehnt. Aus Nebra a. Unstrut wird geschrieben: Im Interesse des Proletariats und zur Stärkung des Klassenbewußtseins...

Am 16. Februar 1933. An die SPD, und UDB, hier 3. P.O. des Genossen Fritz Marquardt, hier. Werte Genossen!

In Beantwortung Eures Angebotes vom 12. d. M. wurden Bildung einer gemeinsamen Arbeiterliste bei den Kommunisten, teils im Auftrage der Mitglieder-Versammlung der SPD, hier, vom 15. d. M., folgendes mit: Nach eingehender Aussprache...

Wir sehen die Lage so, daß der Kapitalistische Staat das Proletariat auf Grund seiner äußerlich schwierigen Lage nicht mehr gelassen kann. Da die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse in den Parlamenten unmöglich gemacht wird...

Saalkreis

Der zweite Betrüger verhaftet. Diebstahl. Wir berichten vor einigen Tagen über die Aufdeckung von Unterschlagungen in der hiesigen Steuerkasse. Der Gemeindegastwirt Gruner war wegen Unterschlagung von Steuern...

Wettin. Selbstmord eines Vertrauten. In einem hiesigen Getreideschuppen wurde der Kassierer des Konsumvereins, der Inwobliebe D., erhängt aufgefunden. Es liegt offenbar Selbstmord vor. D. war seit einigen Wochen verschunden. Die Nachprüfung der Bücher des Konsumvereins ergab einen Fehlbetrag von etwa 3000 M., die D. unterschlagen haben dürfte.

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Die Eisene Front marschiert!

Herzau zur Demonstration am Sonntag, den 26. Februar, mittags 13 Uhr, in Delitzsch. Antreten pünktlich 13 Uhr am „Schützenhaus“ in Delitzsch. Redner: Spitzenkandidat Genosse Dr. Herz (Berlin). Bestattet den Aufmarsch in Delitzsch zu einer wichtigen Kundgebung. Die Ortsgruppen Delitzsch, Eilenburg und Bitterfeld müssen geschlossen antreten. Musikinstrumente und Fahnen mitbringen. Die Kampfehrung.

Kreis Wittenberg

Schlichtungsausschuss Wittenberg aufgelöst

Der staatliche Schlichtungsausschuss Wittenberg, der für die Stadt Wittenberg und für die Landkreise Wittenberg, Torgau, Schweinitz und Siedenwerda zuständig ist, löst am 1. April 1933 ab auf zu bestehen. Es besteht somit von diesem Tage an im Regierungsbezirk Merseburg nur noch ein staatlicher Schlichtungsausschuss, und zwar in Halle. Professor Dr. Zoetges ist der Vorsitzende dieses Ausschusses, Stellvertreter Gewerbetreibende.

Die Unterbestimmungsarbeiten werden darauf aufmerksam gemacht, falls die Einreichung der Wahlvorschläge für die Kreisratswahl noch nicht erfolgt ist...

Die Ortsvereinsarbeiten haben zu beachten, falls die Wahlvorschläge für die Gemeindevertreterwahlen noch nicht eingereicht sind, daß der letzte Tag für die Einreichung der Wahlvorschläge für die Gemeindevertreterwahlen Sonntag, den 25. Februar, ist. Für die Einreichung der Wahlvorschläge für beide Wahlen trifft zu, daß die Wahlvorschläge von mindestens 10 Wahlberechtigten unterschrieben sein müssen.

Jahrelang hat die SPD. hier am Orte geredet, wir müssen zur nächsten Stadtverordnetenwahl eine Arbeiterliste haben, um nicht unnötig die Bestimmungen zu verlieren. Jetzt, wo die Sozialdemokratie die Hand dazu bietet, um eine Arbeitermehrheit zu bekommen, darf die SPD. auf keinen Fall auf diese Gelegenheit verzichten...

Anmerkung der Redaktion: Der oben mitgeteilte Brief eines kommunistischen Funktionärs ist typisch für die englische Beredsamkeit der politischen Situation. In der kapitalistischen Gesellschaft soll die Demokratie nicht durchführbar sein. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Demokratie im Reich sowohl wie in Preußen nur deshalb nicht funktioniert, weil die Kommunisten davon nichts wissen wollen.

Kreis Torgau

Winterhilfe lindert Not

Annaburg. Die aus freiwilligen Mitteln durchgeführte Winterhilfe hat bei der notleidenden Bevölkerung Anerkennung gefunden. Trotzdem die Hilfe erst einen Monat in Tätigkeit ist, sind schon viele Kreise der Hilfsbedürftigen zur Ernährung versorgt worden, und nur eine kleine Anzahl noch nicht hinugekommen. Nach den letzten Feststellungen des Ausschusses ist die weilige Durchführung der Winterhilfe durchaus gesichert, denn Naturofen und Geld stehen diesem Notzweck zur Verfügung. So ist auch jetzt von den freien Gewerbetreibenden ein Betrag zur Verfügung der Winterhilfe gestellt worden. Auch die der Winterhilfe gestellten Gelder sind noch nicht aufgebraucht. Für die Schulpflichtigen werden täglich 170 Kinder mit Milch, Kaffee und Brötchen versorgt. Für die Schulpflichtigen stehen noch weitere Mittel zur Verfügung, so daß bis Mitte April durchgeführt werden kann.

Kreis Schweinitz

Eine nicht mehr zeitgemäße Brücke

Jessen. Auf der hiesigen Elsterbrücke erregte sich in den Abendstunden ein Verkehrsunfall, der mit aller Deutlichkeit zeigte, daß die Brücke dem heutigen Verkehr bei weitem nicht mehr genügt. Eine von einem Trecker gezogene Bahnhofsbrücke wollte auf der Brücke zwei Passagieren ausweichen. Da die Brücke jedoch sehr schmal ist, rutschte das rechte Rad des Lastwagens von der Fahrbahn ab. Die Enden der Stämme wurden dabei gegen den steinernen Pfeiler gedrückt, der aus dem efernen Ufer heraustritt.

Manfelder Kreise

Was geschieht mit den Nazi-Hehern?

Gibt es noch gleiches Recht für alle?

Am Montag wurden die beiden angeklagten Leidenhändler, der Kommunist Emil Engelhardt und der Parteioffe Paul Kaufmann nach vierstündiger Haft entlassen. Beide sollten die Missetat gehabt haben, die Leiche des SA-Mannes Bergl zu rauben, um den Trauerumfang der NSDAP. unmöglich zu machen - so behauptete die nationalsozialistische und nationalhitlerische Presse. Dummerweise stellt sich jetzt heraus, daß Kaufmann Jungstahlfahrer ist.

Kreis Annaburg

Zum Wahlkampf gerüstet

Annaburg. In einer Mitglieder-Versammlung der Ortsvereins der SPD. wurde nach der Berichterstattung über die Unterbestimmungsarbeiten ein Antrag des Genossen G. G. (Torgau) über die politische Lage vor der Wahlen Stellung genommen. Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig die Aufforderung der Kandidaten mit Einschluß einer Genossin an ausführender Stelle vorgenommen.

Kreis Mansfeld

Was geschieht mit den Nazi-Hehern?

Gibt es noch gleiches Recht für alle?

Die beiden Entlassenen berichten, daß sie Bergpaffe 13 wohnen, also an der Mauer des Bergpaffestrafenheuses, in dem der SA-Mann aufgeht. Beide begaben sich um 11 Uhr nach der Helbraer Str., um zu wildern. Auf dem Radweg wurden beide von der Kranenhausmauer von zwei Schuppen mit Karabiner im Anschlag verhaftet. Man fand die beiden zerlegbaren Jagdgewehre. Erst am nächsten Tag erfahren sie, was man ihnen vorwarf. Nach der Entlassung aus der Haft, die zweifellos deshalb erfolgt ist, weil die Angeklagten sich als harmlos herausstellten, gingen beide zur „Eisener Zeitung“ und verlangten eine Verichtigung der falschen Meldungen. Die Presse ließ sich aber nur darauf ein, zu schreiben, daß die beiden wegen Mangel an Beweisen freigegeben seien. Auch der Rundfunk, der die Nachricht brachte, hat bisher eine Verichtigung nicht gebracht. Die Arbeiterpresse mangelte man, wenn sie Schilderungen der Vorfälle bringt, die Nazi-Presse läßt nach dagegen unangeführt, auch wenn sie offensichtlich falsche Aussagen publiziert und damit die öffentliche Ruhe gefährdet. Die Mansfelder Arbeiterzeitung möge die richtige Schlussfolgerung daraus ziehen.

Kreis Torgau

Winterhilfe lindert Not

Annaburg. Die aus freiwilligen Mitteln durchgeführte Winterhilfe hat bei der notleidenden Bevölkerung Anerkennung gefunden. Trotzdem die Hilfe erst einen Monat in Tätigkeit ist, sind schon viele Kreise der Hilfsbedürftigen zur Ernährung versorgt worden, und nur eine kleine Anzahl noch nicht hinugekommen. Nach den letzten Feststellungen des Ausschusses ist die weilige Durchführung der Winterhilfe durchaus gesichert, denn Naturofen und Geld stehen diesem Notzweck zur Verfügung. So ist auch jetzt von den freien Gewerbetreibenden ein Betrag zur Verfügung der Winterhilfe gestellt worden. Auch die der Winterhilfe gestellten Gelder sind noch nicht aufgebraucht. Für die Schulpflichtigen werden täglich 170 Kinder mit Milch, Kaffee und Brötchen versorgt. Für die Schulpflichtigen stehen noch weitere Mittel zur Verfügung, so daß bis Mitte April durchgeführt werden kann.

Papen und Hugenberg im Nazi-Strohfeuer

Unter Freunden / Geduldigtes Papier Jahrgang 1932

Über sich den Spieß gemacht hat, im vergangenen Jahre die Ringelsteine der NSDAP, zu den Wahlen vom 31. Juli und 6. November zu sammeln, kann jetzt die herrlichen Einrückungen machen...

Schon die Artikelübersicht aus dem vom 10. Juli 1932 datierten Wahlplakat „Deutschland erweckt“ zeigt Herrn von Papen als Glied der „stuchwürbigen“ Reihe „marxistischer Macht-haber“ ein: „Von Schädelmann bis Papen: 12 Jahre System“ überführt Hans Hintel, Nazi-land erweckt, in seine Ausführungen, in denen er erklärt, dass nicht die NSDAP, sondern die Nationalsozialisten nichts, aber auch gar nichts zu tun haben — nämlich den härtesten Kampf anzufragen müssen“. Drei Seiten weiter geht es gegen Hugenberg und seine Partei unter der Überschrift „Für mit den Nationalsozialisten System-fähigen“ los als „Bj. Rubes Abrechnung mit der Reaktion“. Herr Hugenberg in einer Selbstgefälligkeit wird unter die Rufe genommen, seine Ausführungen auf dem Nationalsozialistischen Reichstagsübertrag werden milde wiederholt:

„Herr Hugenberg, halte den Nationalsozialismus für ebenso gefährlich für Deutschland wie den Marxismus, da die Gefahr besteht, daß sich die NSDAP in einem ... Sinne entwickle, der die Nationalsozialistische Volkspartei in einem annähernd gleich scharfen Gegensatz zum Nationalsozialismus bringen müßte wie gegenüber den Marxisten ...“

„Hugenberg,“ so heißt es weiter, „kam das Schelten seiner Pläne von Harzburg nicht vermeiden. Damals glaubte er noch, Adolf Hitler und die Nationalsozialisten seinen Ideen unterordnen zu können, der ihm verriet dort, Darum mußte der nationalsozialistische Parteiführer im Gefühl seiner Ohnmacht ... in so maßloser Form die heulige Verleumdung anbringen ... Nationalsozialisten, die die härteste Gegenwehr, während die Begriffe Reaktion und Nationalsozialismus durchaus nicht zusammenhängen haben ... Unter „garbes“ galt und gilt nicht nur der Name Republik, Herr Dr. Hugenberg, wir sagen auch Schach dem König, wenn Deutschland und Deutschlands Freiheit das verlangen.“

Der derzeitige „Bis“, Herr von Papen, kam in den verflochtenen Wahlkampagnen der NSDAP, noch weit schlechter weg. In einem Sonderdruck des Berliner „Nationalen“ vom Oktober 1932 wird über eine Hamburger Rede des Pa. Goebbels berichtet, die „vom ersten bis zum letzten Satz eine vernichtende Abrechnung mit den Volkseigenen, eine schonungslose Auseinandersetzung mit der Reaktion, dem Herrenklub, der NSDAP, und dem Marxismus“ war.

Allo Gleiches mit Gleichem vergelten — die Harzburger amüsierten sich damit, sich gelegentlich mit dem schwarzen Mann „Marxismus“ in einen Topf zu werfen. Die Herrenklubiquen scheinen zu glauben, „dass das Volk an uns genau so schuldig handeln würde, wie sie an uns behandelt haben.“ Im gleichen Blatt trägt Papen noch eins aufs Daz: „Papen hat sich unfähig erweisen, diesem Zusammenbruch ein Ende zu machen, er muß daher unzerzählich ver-schwinden.“ (Sperungen im Original.)

Wacht unliebsamstündig behandelt ein anderes „Angebot“ Flugblatt, gleichfalls vom Oktober 1932. Herr von Papen als Feind des Wandwerks. „Wer die Not des einfachen, ehrlichen Handwerkers kennt, der heute nach jahrelangen, unglücklichen Kampfe gerade gegen das Sozialkapital und die diesem Verbundenen Mächte um Wapen beistand so weit gekommen ist, daß er in seiner Verzweiflung zum Sturz greift, der würde mit Widerwillen mit ansehen, wie hier — nämlich auf der Verarmung mächtiger Sozialdemokraten, auf der Wapen sprach —, wieder einmal mit den besten Mitteln, „Stimmung“ gemacht wurde ...“

Auch hier zeigt es sich wieder, daß sich alle abgeklärten Größen um Papen scharen, der die einzige Chance für ihre Restaurierung ist. Diese „Größen“ müssen sich in den gleichen Zeiten „parlamentarische Mummien“ nennen lassen, und Herr von Papen wird befähigt, er verleihe im letzten Raum“ und treibe „Berufspolitik“. Und hält Hitler seine Worte aufrecht, die er Herrn von Papen vor der Novemberwahl schriftlich gegeben hat: „Ich halte, Herr Reichstagsleiter, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Anmen, Wirtschafts- und Außenpolitik für falsch, ja für im höchsten Maße verwerflich für Deutschland.“ Und wie steht es mit der Erfüllung des Versprechens, das der „Münchener Beobachter“ die und geteilt hat: „Das verhängnisvolle Papendikt verhängern allein die Nationalsozialisten?“

Wißt du deinen Feind ungeschädigt machen, so lüde mit ihm zusammen ein Rabinet, könnte man daraus folgern.

Eine der schärfsten Charakterbilder Papens entwarf ein zur gleichen Zeit erschienenenes Naziflugblatt unter der Überschrift: „Herr von Papen als „dienendes Werkzeug eines von Gott gegebenen Staatsordnung“. Da heißt es: „Von Papen will die Ehre und Gehälter der arbeitenden Schichten so weit herabdrücken, daß überhaupt keine Möglichkeit zum Leben für fast alle deutscher Familien mehr besteht.“

Herr von Papen findet hier die Zustimmung aller Ausbeuter und ruft den Widerstand der Ausbeuteten auf den Plan. Ausbeuter und „keine Kavaliere“ betonen hochehrfurcht, daß nun endlich „ein Mann der Tat“ in Deutschland Politik macht und glauben die Welt bald bekommen, in der die Millionen ehrbarer Arbeiter-männer wieder wie „Knechte“ im wahrsten Sinne des Wortes behandeln können. Dies: reaktionäre

Widerheit hat ihre Sünden aus früherer Zeit noch längst nicht gestiftet. Sie schickte sich an, neue, ähnliche zu begehen. Den schaffenden Schichten, Arbeitern, Angestellten, Bauern und Mittelständlern ist das Unrecht, das man ihnen antut, noch nicht in Vergessenheit geraten. Hinter verschlossenen Türen in den vornehmen Räumen des „Herrenklubs“ spielen die „Standesherren“ ihre neuen Pläne. „Hugenberg ist dreist genug, sich als „dienendes Werkzeug einer von Gott gegebenen Staatsordnung“ zu bezeichnen, getreu seiner konfessionellen Meinung. Es ist der grenzenlose Dummheit eine hundert Jahre alten Staatsaufstellung.“

In den Reihen des Herrenklubs spricht man von Ducht und Ordnung an Stelle der „Bügellosigkeit der Massen“. Bügellos nennen sie es, wenn sich das Volk seinen Staat selbst formen und gegen den Hunger und die Ausbeuter eine geschlossene Front schaffen will. ...

Herr von Papen hat sich bereit gefunden, eine als Förderung überauswilliger und verantwortungsloser Unternehmern zu erfüllen, indem er die Tarifverträge, wie es so schön heißt, „auflösen“ will. Das bedeutet praktisch: Die Brechung des Tarifrechts! Den profitierender Unternehmerfreien dagegen wird das Recht eingeräumt, Löhne und Gehälter auf das Existenzminimum zu senken. Was ist ein Existenzminimum? Es kann nur das eines hinfälligen Rulls sein! ...

Herr von Papen hat keine blasse Ahnung, wie es in Millionen Arbeiterfamilien aussieht. Er ruiniert die Wirtschaft, verleiht das Volk. ... Um einer solchen Entwertung wirksamste entgegenzutreten, fordern die Nationalsozialisten die Verstaatlichung der Banken und Börsen. ... Herr von Papen und all seine Hintermänner ... lehnen auch diese unsere Forderungen ab. ... In Herrn von Papen ... muß man den Wegbereiter für die Herrschaft der „Standesherren“ des Dreiklassenwahlrechts sehen ...

Nazischüsse aus dem Hinterhalt

In Hannover: Ein Reichsbannerkamerad tot, zahlreiche Schwerverletzte

Eigener Bericht
Hannover, 22. Februar.

Nachdem es hier bisher verhältnismäßig ruhig verlaufen war, ist jetzt den NSDAP-Kreisen so der Kampf gesprohnen, daß es am Dienstagabend gleichzeitig an zwei Stellen zu schweren Zusammenstößen kam.

In einer Verammlung der Sozialdemokratischen Partei im Borort Buchholz waren etwa 100 Nationalsozialisten in Zivil erschienen, die auf den Befehl ihres Führers gleich zu Beginn der Versammlung sich erhoben und über die Verarmungsbeschwerden herfielen. Es kam zu einer schweren Schlägerei, bei der vier Personen schwer und sieben leichter verletzt wurden.

Der Referent, der sozialdemokratische

Spitzenkandidat Vorkisch, mußte ein Krankenbette aufsuchen, um sich eine schwere Kopfverletzung nähen zu lassen.

Der gesamte Trupp Nazis zog dann nach dem ungefähr 4 Meilen entfernten Ortsteil Alfterum, wo ebenfalls eine SPD-Versammlung stattfand. Auf dem Wege schloßen sich dem Zug noch mehrere Nationalsozialisten an. Es wurden von der Polizei nicht in den Gassen hineingelassen und legten sich gegenüber dem Versammlungsort in einer Waldede der Elterriede auf die Bauer. Als zehn Minuten später etwa 50 Sozialdemokraten, die zur Verstärkung des Sozialdemokratischen herbeigekommen waren, eine Sprengung der Versammlung zu verhindern, erschienen, wurden sie von den Nazis mit dem Ruf „Freiheit“ begrüßt. Das war offenbar das Signal zu der wüsten Schlägerei, die dann einsetzte.

In der nächsten Minute wütheten fast 16 Reichsbannerkameraden in ihrem Kiste. Einer der Kameraden wurde sofort tot, ein wurden in das Krankenbette eingeliefert; die anderen erlitten drei mit dem Tode. Die Schwerverletzten wußten Augenschüsse, Bauch- und Kopfschüsse auf, die Leichtverletzten trugen fast alle Weilschüsse davon. Das Oberleitungs-kommando durchsuchte die nichtverletzten Reichsbannerkameraden nach Waffen, fand aber bei keinem Kameraden etwas.

Die Nazis, die wie inzwischen festgestellt worden ist, mit den zwei berüchtigten Mischstäben beteiligt waren, konnten ungehindert von der Polizei abmarschieren.

Die Schlachtfsteuer

Sie wird entgegen nationaler Versprechungen nicht aufgehoben

Die Forderung des Reichslandbundes nach Abschaffung der Schlachtfsteuer (Schlachtfsteuer) und Ermäßigung der im Lager im Vieh- und Fleischhandel ist, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ erklärt, auf den Widerstand des Reichsfinanzministers getroffen, der für den Verlangen Steuererhöhung durch Schlachtfsteuer und Ermäßigung der im Lager im Vieh- und Fleischhandel ist, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ erklärt, auf den Widerstand des Reichsfinanzministers werden sich aus denselben Gründen auch wohl die nationalsozialistisch regierten Länder, die ja erst die Schlachtfsteuer eingeführt haben, gegen eine Beseitigung der Schlachtfsteuer wehren. Dagegen sind der Reichsernährungsminister Dr. Hugenberg und sein Staatssekretär von Rohr nach der „Allgemeinen Fleischzeitung“, für die Aufhebung der Schlachtfsteuer ganz erheblich interessiert. Beide sollen daran arbeiten, die Verhandlungen über die Steuererhebung, die bisher keinen Erfolg gehabt haben, doch noch zu einem Erfolg zu führen.

Die „Allgemeine Fleischzeitung“ macht diese Feststellung mit einem hörbaren Seufzer. Da man den Steuererhöhung in tragbaren Grenzen halten müßte, sei damit zu rechnen, daß die Schlachtfsteuer nur für Haus- und Hofschlachten aufgehoben und die Umsatzsteuer nur für die im Lager am Handwirt aus ermäßigt wird. Wir halten eine derartige Maßnahme auch für recht einseitig, für eine, um sich recht deutlich auszudrücken, neue Liebesgabe an die Landwirte, auf Kosten anderer Steuerträger und sind mit der Fleischzeitung einer Meinung, wenn sie feststellt, daß auch die Lage anderer Berufsstände katastrophal sei und Berücksichtigung verdienen.

Nach diesen Gesichtspunkten der Fleischzeitung kann man nur neugierig sein, wie die Frage der Schlachtfsteuer und der Umsatzsteuer durch die gegenwärtige Regierung geregelt wird.

Der geeignete Mann

Neuer Leiter der Polizeiverwaltung

Der Ruf und der Ruf der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ und ihrer Führer vermehrt sich von Tag zu Tag. Auch am Dienstag verlangerte die Regierung Hitler die Liste ihrer sozialistischen Listen für die Arbeiter-schaft.

In das preußische Innenministerium wurde der Staatsanwalt a. D. Grunert als Leiter der Polizeiverwaltung berufen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst war er zu diesem außerordentlich wichtigen und einflussreichen Amt berufen Herr Syndikus des schweizerischen Dupirellen Arbeitgeberverbandes

Nordwest. Er ist für eine „Arbeiterpartei“ ebenso der geeignete Mann wie der Präfekt der Hitler-Regierung Fund, der ehemalige Wirtschaftsreferent der großhändlerischen „Berliner Brezelzeitung“.

Am Ernenntagsabend von Grunert fand außerdem eine große Zusammenkunft im Hause des Reichsministers und Breitenkommissars Göring statt. Außer dem Reichsfinanzminister und Führer der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ waren folgende Industriekapitalisten anwesend: Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach, Bierow, Zoltz, Dr. Brandt, Böhnen, Dieck, Fied, Heubel, Hilger, Freiherr v. Elmseelein, Altdorfer, Quandt, Reuter, Roffert, Dr. Schacht, Schlichter, Schmidt, Schlichter, Schulte, v. Siemens, Dr. Springorum, Hugo Stinnes, Tengetmann, v. Winterfeld, v. Wilsleben und Zietler.

Ueber die Ernenntung Grunerts und die bisherigen Taten der Regierung Hitler berichtete bei den Industriekapitalisten vollste Zufriedenheit. Eine „Arbeiterpartei“, die so wie die des Herrn Hitler die Interessen der Herren Bild, Stinnes usw. vertritt, haben sich die Industriekapitalisten schon immer gewünscht.

Gewerkschaftsflieg bei Mälinger

Die Betriebsratswahl in dem großen Holzwerkstätten von Mälinger in Berlin schloß mit einem Erfolg für die freien Gewerkschaften. Die letzte Wahl hatte bei einer sehr schwachen Beteiligung im Jahre 1931 stattgefunden. Diesmal war die Beteiligung eine erheblich bessere, denn sie auch immer noch zu wünschen übrig ließ. Von den 220 zum Betriebsrat Wahlberechtigten stimmten 1678 ab. Es erhielten die freien Gewerkschaften 728 (bei der letzten Wahl 600 Stimmen, die NSDAP 607 (668), die Nazis 330 (keine Liste bei der letzten Wahl). Die Mandatsverteilung ist folgende: Freie Gewerkschaften 6 (7), NSDAP 5 (8), Nazis 2 (—).

Bei der Wahl zum Angelegenheitsrat wurden 195 Stimmen bei 371 Stimmberechtigten abgegeben. Es erhielten die freien Gewerkschaften 142, die Nazis 53 Stimmen. Der Angelegenheitsrat setzte sich bisher zusammen aus 5 freigelegten Arbeitern, 1 NSDAP-Mann und 1 DPA-Mann. Diesmal sind gewählt 5 freigelegte Arbeiter und 2 Nazis.

Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 8 (7) freigelegten Arbeitern, 4 (8) NSDAP-Leuten und 2 Nazis. Die freien Gewerkschaften haben somit im Betriebsrat die Mehrheit erlangt.

Berurteilter Devisenschieber

Das Schnellöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kohlenhändler Paul Hamburger

wegen Devisenübergabe zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 31 000 Mark Geldstrafe. Hamburger hat sich durch Täuschung der Behörden die Genehmigung zur Einfuhr von 30-Farben-Rollen im Werte von 115 000 Mark erschlichen und dann die Rollen nach Abzug seines Verdienstes in Höhe von 30 000 Mark wieder ins Ausland verschickten. Der Angeklagte war gefänglich. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 2 Jahre Gefängnis und 150 000 Mark Geldstrafe.

Schulle verhaftet!

Der flüchtige Richter Schulte, der Hauptschuldige bei drei Vorurteilen überdies, konnte am Mittwochnachmittag in Gronau in Westfalen festgenommen werden. Er war auf Grund der von der Presse veröffentlichten Bilder erkannt worden.

Wanderaktien ...

Das Bochumer Schöffengericht verurteilte fünf holländische Kaufleute aus Utrecht und Haarlem wegen Vergehens gegen die Dreiviertelverordnung zu Gefängnisstrafen von 7 Wochen die zu 3 Wochen und zu Geldstrafen von 30 000, 24 000, 16 000, 6 000 bzw. 3 000 Mark. Die Verurteilten hatten deutsche Effekten, insbesondere 30-Farben-Rollen, in Holland aufgekauft, mit Gewinn in Deutschland verkauft und den Erlös wieder nach Holland geschafft. Sie wurden im November vorigen Jahres in Bochum verhaftet, als sie 74 000 Mark Devisen unter sich verteilten.

Nord?

In der Räte des Bahnhofs von Kauen (Marx) fanden Eisenbahnbeamten den Reichman eines 20 Jahre alten Urmarsches aus Rudolfs (Dortmunder). Der tote ist allem Anschein nach im Berlin-Hamburger Schnellzug überfallen, niedergeschossen und aus dem Zug geworfen worden.

SS-Leute als Hilfspolizei

Stettin, 22. Februar.
Im Sommertheater werden zur Zeit 200 SS-Leute als Hilfspolizisten ausgebildet. Sie sollen die kommunale Polizei unterstützen.

Daladier vor dem Sturz?

Eigener Bericht
Paris, 22. Februar.

Der Senat hat am Mittwochnachmittag während der Finanzdebatte in der Frage der Kürzung der Beamtengehälter einen Beschluß gefaßt, der zu einem ersten Konflikt zwischen Senat und Kammer führen muß und wahrscheinlich in dem Senat der Regierung Daladier in den nächsten Tagen enden wird.



